

Call for Papers

«1919 – der Versailler Vertrag, die Neuordnung Europa und die deutschen Unternehmen»

Im Juni 2019 jährt sich zum einhundertsten Mal die Unterzeichnung des Versailler Vertrages zwischen den Siegermächten des Ersten Weltkriegs und dem Deutschen Reich. Im Verbund mit den drei anderen „Pariser Vorortverträgen“ veränderten diese Friedensverträge nicht nur die Landkarte Europas grundlegend, indem bestehende Vielvölkerstaaten aufgelöst und neue Staaten gebildet wurden sowie der Kolonialbesitz des Deutschen und des Osmanischen Reiches neu aufgeteilt wurde. Der Krieg und die Verträge selbst hatten auch weitreichende Folgen für die Weltwirtschaft: Die europäische Dominanz des Welt Handels wurde zurückgedrängt. Das vor dem Krieg leidlich funktionierende Weltwährungssystem war im Krieg zusammengebrochen und musste Mitte der zwanziger Jahre unter hohen Kosten wieder aufgebaut werden, was unter anderem durch die Verwerfungen, die durch die interalliierten Schulden und die Reparationsforderungen der Sieger des Weltkriegs entstanden, nie nachhaltig gelang, so dass das Weltwährungssystem zu Beginn der dreißiger Jahre erneut zusammenbrach. Neben den schwierigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen erwuchsen dem Deutschen Reich aus dem Versailler Vertrag zusätzliche Belastungen: Die territorialen Verluste, denen die Nationalversammlung des Deutschen Reiches durch die Annahme des Versailler Vertrages im Juni 1919 zustimmte, hatten erhebliche Auswirkungen auf die Rohstoff- und Nahrungsmittelversorgung des Landes.

Weil die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages die politische Debatte in der Weimarer Republik erheblich belasteten, sind diese Zusammenhänge in den letzten einhundert Jahren umfassend erforscht und des Öfteren kontrovers diskutiert worden, beginnend mit Keynes berühmter Streitschrift über die „wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“. Obwohl auch viele deutsche Unternehmen letztlich aufgrund des Friedensvertrages in eine mehr oder weniger offene Opposition gegen die Weimarer Regierungen getrieben wurden, hat sich die Forschung mit den konkreten Auswirkungen des Vertrages auf die Unternehmen bislang nicht systematisch beschäftigt. Diese Thematik steht im Vordergrund des wissenschaftlichen Symposiums: Die Vorträge sollen sich mit den ganz konkreten Folgen des Versailler Vertrages für die deutschen Unternehmen beschäftigen und dabei die unmittelbare Nachkriegszeit vor der Währungsstabilisierung stärker berücksichtigen als die Stabilitätsphase danach. Im Mittelpunkt sollen die Schwierigkeiten stehen, die den Unternehmen aus den Bestimmungen des Vertrages unmittelbar erwuchsen und die Reaktionsweisen hierauf. Es ist beabsichtigt, die unternehmenshistorische Perspektive auf die Nachkriegsordnung unter folgenden Aspekten zu behandeln:

1. Die Rückwirkungen der Gebietsverluste auf die Rohstoff produzierenden und verarbeitenden Industrien;
2. Die Rückwirkungen der Reparationsleistungen vor der Stabilisierung der Mark auf die Energie- und Finanzmärkte;
3. Die Auswirkungen der Enteignungen von Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im feindlichen Ausland;
4. Die Rückwirkungen des Verlustes der Kolonien auf den Handel mit und die Verarbeitung von „Kolonialwaren“;
5. Die Bedeutung der Entschädigungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der deutschen Unternehmen.

Das erste Themenfeld behandelt die Auswirkungen der Gebietsverluste auf solche Unternehmen, deren Produktionsstätten ganz oder teilweise im polnischen Teil Oberschlesiens, in Lothringen oder an der Saar lagen. Insbesondere die oberschlesischen Unternehmen mussten befürchten, dass sie zum Verkauf ihrer in Polen gelegenen Anlagen gezwungen wurden, während gleichzeitig die Reichsregierung erwartete, dass die deutschen Unternehmen mit Blick auf eine spätere Revision der Grenzziehung ihren polnischen Besitz verteidigten. Darüber hinaus sorgte ein Handelskrieg zwischen Polen und dem Deutschen Reich dafür, dass die Austauschprozesse innerhalb des Reviers massiv behindert wurden. Etwas anders war die Situation in Lothringen, wo kaum Hoffnung bestand, die Eisenerzminen und Hütten jemals wieder zurückzuerlangen, die Unternehmen aber für ihre Verluste durch das Reich entschädigt wurden, wobei das Reich gleichzeitig erwartete, dass ein Teil der Entschädigungssumme in die Erschließung neuer inländischer Eisenerzvorkommen investiert werden würde.

Das zweite Themenfeld widmet sich der Kohlenknappheit der frühen zwanziger Jahre, die durch den (Teil-)Verlust Oberschlesiens und des Saarreviers sowie durch die Reparationskohlenlieferungen an Frankreich, Belgien und Italien eingetreten war. Eine besondere Zuspitzung der Kohlennot erfolgte im Jahr 1923 durch die Besetzung und Abtrennung der Steinkohlenreviere an Inde und Wurm, an der Ruhr sowie des rheinischen Braunkohlereviers vom Rest des Reichsgebiets („Ruhrbesetzung“) durch französische und belgische Truppen und den darauf folgenden „passiven Widerstand“. Indem das „industrielle Herz“ des Reiches aufhörte zu schlagen, brach nicht nur dessen Energieversorgung zusammen, sondern auch die Währung wurde endgültig ruiniert.

Der Verlust von Produktionsanlagen, Patenten und Markenrechten, der auf wichtigen Auslandsmärkten bereits im Kriegsverlauf entstanden war, stellte eine weitere Hypothek für die Nachkriegsjahre dar. Allein in den USA verlor die deutsche Wirtschaft mehr als 6.000 Eigentumstitel, die im Verlauf der Zwischenkriegszeit in den seltensten Fällen entschädigt worden sind. Wie die deutschen Unternehmen diese Verluste kompensierten und welche

Schlussfolgerungen für die Expansionsstrategien in den 1920er Jahren hieraus gezogen wurden, soll Gegenstand des dritten Themenfeldes sein.

Das vierte Themenfeld bezieht sich auf die deutschen Auslandsinvestitionen in den Kolonialgebieten. Hierbei geht es zum einen um den Eigentums- und Organisationstransfer auf neue Besitzer, die u.U. aus den neuen Kolonial- und Mandatsmächten stammten. Zum anderen soll aber auch danach gefragt werden, welche Beziehung die in den ehemaligen Kolonien tätigen Unternehmen zum Deutschen Reich nach dem Krieg aufrecht erhalten haben bzw. umgekehrt, ob es Versuche der Aufrechterhaltung der Geschäftsbeziehungen mit neuen Eigentümern gegeben hat.

Das fünfte Themenfeld soll vollständig der Entschädigungsfrage gewidmet werden. Die meisten Industriezweige, die durch den Krieg Vermögensverluste erlitten hatten, sind aus dem Reichshaushalt entschädigt worden. Dies ist in Einzelfällen sehr gut bekannt, so für den Kohlebergbau, die Schifffahrt und auch für die chemische Industrie. Welche Bedeutung die Entschädigungen aber für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen hatten und welche Belastung sie für den Reichshaushalt darstellten, soll im fünften Themenfeld zusammenfassend diskutiert werden.

Vorschläge zu den Vorträgen, inklusive einer kurzen Angabe zu Ihrer Person (zusammen etwa eine Textseite) schicken Sie bitte als pdf-Dokument per E-Mail bis zum **5. Januar 2019** an die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte e.V., Frau Dr. Andrea H. Schneider-Braunberger: ahschneider@unternehmensgeschichte.de.

Für Fragen stehen Ihnen auch die Organisatoren der Tagung **Prof. Dieter Ziegler** dieter-ziegler@web.de und **Prof. Jan-Otmar Hesse** jan-otmar.hesse@uni-bayreuth.de zu Verfügung.